

Presseerklärung

des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) und der Studierendenvertretung (StuVe) an der Universität Ulm

Studiengebühren verheizen?!

Am Mittwoch, den 17.01.2007 findet an der Universität Ulm die Aktion „Holz für die Uni“ statt. Alle Studierenden und Mitarbeiter der Uni werden aufgerufen Holz mit an die Uni zu bringen. Die Aktion beginnt um 11.00 Uhr im Forum der Universität. Vom Forum aus werden wir dann zum Präsidium der Universität Ulm (Helmholtzstr. 16) ziehen und das Holz der Universitätsleitung als Spende übergeben. Vor dem Präsidium werden mehrere Redner sprechen und andere Aktionen stattfinden, der möglichen winterlichen Kälte wird mit heißen Getränken begegnet.

Die Ulmer Studierenden wollen nicht hinnehmen, dass ihre Gebühren – egal ob direkt oder indirekt - verheizt werden. Daher rechnen wir damit, dass viele an der Aktion teilnehmen. Unterstützung erhalten wir dabei von verschiedenen Bereichen der Universität. So wird es am Mittwoch in der Mensa - passend zur Aktion - Holzfällersteaks geben. Eine Lehrveranstaltung wird nach draußen verlegt, um Energie zu sparen. Für den nötigen Strom für die Präsentationsmittel dieser Lehrveranstaltung werden drei Professoren in die Pedale eines Fahrradergometers treten.

Bisher haben Redner seitens der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), des freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften (fzs), des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) sowie der Landes-ASten-Konferenz (LAK) fest zugesagt. Weitere Redner sowie Minister Peter Frankenberg sind eingeladen.

Mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 26.01.2005 wurden den Studiengebühren Tür und Tor geöffnet, am 25.12.2005 wurde im Landtag das Gesetz zur Einführung von Studiengebühren verabschiedet. Die Rückmeldung für das kommende Sommersemester hat nun begonnen und die Gebühren werden zum ersten Mal fällig. Bereits damals protestierten die Studierendenschaften gegen die sozial ungerechten Studiengebühren, doch die jetzigen Planungen sind ein Schlag in die Gesichter der Studierenden.

Diese Gebühren sollten eigentlich zur Verbesserung der Lehre an den Hochschulen verwendet werden. Dies wurde seitens der Landesregierung und den Studiengebühren befürwortenden Fraktionen vom Beginn der Studiengebührendiskussion an immer wieder zugesichert.

Von Studiengebühregegnern wurde dagegen stets die Vermutung geäußert, dass die Studiengebühren dazu führen würden, dass das Land sich aus der Hochschulfinanzierung schleichend zurückzieht.

Genau letzteres geschieht jetzt: Der Globalhaushalt aller Hochschulen Baden-Württembergs wurde gekürzt. Die durch den neuen Energierahmenvertrag des Landes Baden-Württemberg mit der EnBW stark gestiegenen Energiekosten der Universitäten im Speziellen werden darüber hinaus nicht annähernd adäquat aus Landesmitteln ausgeglichen.

Im Hinblick auf die Versprechen der Landesregierung grenzt deren Handeln an Betrug – An den Studierenden und deren Eltern, den Lehrenden, Universitätsmitarbeitern und allen Wählern, denen eine zukunftsorientierte Ausbildung junger Menschen etwas bedeutet.

Zwar hat Minister Frankenberg der direkten Deckung der Energiekosten durch Studiengebühren eine Absage erteilt, aber hier kann man den Studierenden nichts

vormachen: Durch interne Umverteilung können und werden die Studiengebühren trotzdem indirekt zur Deckung der Energiekosten herangezogen werden. Es wäre beispielsweise möglich und mit dem Landeshochschulgebührengesetz konform, bisherige Landesmittel für Lehrveranstaltungen zu streichen und die selben Lehrveranstaltungen dann aus Studiengebühren zu finanzieren. So könnte Geld für die Energiekosten aus Studiengebühren umgelenkt werden. Auch Kürzungen im Bereich der Gelder der Abteilungen wären denkbar. Es ist anzunehmen, dass solche Kürzungen negative Auswirkungen auf die Forschung und auch wiederum auf die Lehre haben würden. Die Alternative für die Universität wäre ein Haushaltsloch von ca. 1,3 Mio. Euro. Der neue Energierahmenvertrag soll zwei Jahre gelten. Mit weiter steigenden Energiekosten ist danach also zu rechnen.

An dieser Stelle nutzen die rund 250.000 Euro, die die Universität zum Ausgleich der Energiekosten einmalig bekommen soll, nicht viel. Ulm bekommt hier vergleichsweise wenig. Es wurden in den letzten Jahren einige Maßnahmen vorangetrieben um die Energiekosten zu senken. Ulm hat nun den Nachteil, dass kaum weitere Einsparungen möglich sind. Andere Unis haben dagegen noch Einsparungspotentiale.

Es ginge auch anders: Bei Fachhochschulen, Musikhochschulen und den staatlichen Berufsakademien werden die Energiekosten direkt aus Landesmitteln bezahlt. Die Universitäten werden dadurch gegenüber den anderen Hochschulen benachteiligt.

Die Nichtfinanzierung der gestiegenen Energiekosten ist ein Rückzug des Landes aus der Bildungsverantwortung. Wir fordern eine adäquate Bezahlung der Energiekosten aus Landesetats. Die Studiengebühren dürfen nicht – auch nicht indirekt durch interne „Verschiebebahnöfe“ verheizt werden! Wir wollen mit unserer Aktion unserer Universität helfen und das Land dazu auffordern, seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Wir freuen uns über den breiten Zuspruch, den wir bereits im Voraus der Aktion von allen Seiten erhalten haben. Bereits jetzt haben sich Studierendenvertretungen anderer Universitäten in Baden-Württemberg mir den Ulmern solidarisch erklärt. Das ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren) ist von der Aktion begeistert und weist darauf hin, dass hiermit auch bundesweit ein Zeichen gesetzt wird. Auch die Landes-ASten-Konferenz unterstützt die Aktion in Ulm und sieht darin eine Vorreiterrolle für ganz Baden-Württemberg und eine weitere Bestärkung für den Protest an anderen Hochschulen und in anderen Ländern.

Kontakt:

Benjamin Menhorn
AStA Universität Ulm
Albert-Einstein-Allee 11
89081 Ulm

0179 7747119
benjamin.menhorn@uni-ulm.de